# Der *Public Sociology-Ansatz*

# 2

Matthias Quent

> „Es ist eine Art Forschen gegen Rechts: Die führenden Wissenschaftler in Sachen Rechtsextremismus diskutieren darüber, wie der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) in Jena seinen Ursprung fand und was man gegen Neonazis in den Dörfern tun kann." (Thio 2012)

So berichtete etwa SPIEGEL ONLINE über eine Konferenz, bei der im Dezember 2012 erste Befunde und Thesen des Jenaer Forschungsprojektes vorgestellt und über die wissenschaftliche Gemeinschaft hinaus u. a. mit Akteuren von sozialen Bewegungen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, diskutiert wurden. „Forschen gegen Rechts" pointiert die offene, nicht auf eine vermeintliche Neutralität der Wissenschaft basierende Positionierung und Selbstverortung von Forschenden in der Auseinandersetzung mit Erscheinungen von Ungleichwertigkeit und Rechtsextremismus. Statt Enthaltung ist unser öffentliches Engagement nötig. Dies gilt insbesondere im Feld der Rechtsextremismusforschung aus vier vorrangigen Gründen:

*Erstens* führte die öffentliche Deutungshoheit staatlicher Behörden, allen voran des Verfassungsschutzes, darüber, *was* (Rechts-)Extremismus ist und *welche* Formen und Radikalisierungsstadien für *wen* oder *was* eine Bedrohung darstellen, zu einer fatalen Fehleinschätzung der Situation. Nichts zeigt dies deutlicher als der Fall des rechtsterroristischen „NSU" und das mit ihm bekannt gewordene und debattierte Staatsversagen: Die extremismustheoretische Herrschaftsperspektive verhindert eine breite Debatte über Rechtsextremismus und Rassismus in der Polizei und anderen staatlichen Teilsystemen sowie über deren gesellschaftliche und strukturelle Ursachen. Ein Beispiel aus der Radikalisierung des NSU verdeutlicht dies: Obwohl 1997 – kurz vor dem Untertauchen des späteren Terrortrios – der damalige Thüringer Innenminister Dewes warnte, dass sich der Staat auf Terroranschläge der Neonazi-Szene gefasst machen müsse (Spiegel 1997), wurde die tatsächliche Bedrohungslage verkannt durch den Glauben an das System der „V-Leute" als All-

M. Quent, P. Schulz, *Rechtsextremismus in lokalen Kontexten,* Edition Rechtsextremismus,
DOI 10.1007/978-3-658-07370-1_2, © Springer Fachmedien Wiesbaden 2015

heilmittel. Rechter Terror, so der damalige Tenor, drohe deswegen nicht, weil „kaum eine Szene […] so von V-Leuten des Staats- und Verfassungsschutzes durchsetzt wie die rechte [sei]“ (ebd.) – ein Irrtum mit tödlichen Folgen. Noch über die Suggestion falscher Sicherheit hinaus sind Alimentierung und Aufbauhilfen rechtsextremer Strukturen durch staatlich finanzierte V-Personen in hohem Maße demokratiegefährdend. Nicht nur im Bereich der Ausbildung von Staatsbediensteten und in der ideologischen Ausrichtung der Sicherheitsbehörden herrscht eine Hegemonie extremismustheoretischer Ansichten und Experten vor, welche als Agenten der staatlichen (wohlgemerkt nicht wissenschaftlichen!) Hegemonie in Konflikt stehen mit Erfahrungen und Ansichten von praktisch agierenden Akteuren sowie dem sozialwissenschaftlichen Blick auf Erscheinungen des Rechtsextremismus. Wo sich die staatsaffine Deutungsmacht durchsetzen kann, droht neben der öffentlichen Verleugnung und Verharmlosung des Rechtsextremismus auch eine positionale Schwächung der engagierten Bürgerschaft durch deren Stigmatisierung (z. B. als „Nestbeschmutzer“) und Kriminalisierung (z. B. als „linksextrem“ oder durch die sogenannte „Extremismusklausel“ für staatliche Programme gegen rechts unter Familienministerin Schröder). Der kritischen Soziologie fällt hier die dringende Aufgabe zu, Möglichkeiten zu klären, um die Zivilgesellschaft als Bollwerk gegen Übergriffe vonseiten des Staates (und der Wirtschaft) zu verteidigen (Burawoy 2012, S. 37). Im Sinne einer *public sociology* (s. u.) müssen Universitäten, Thinktanks und NGO‘s zugleich Bastionen der Kritik und für Diskurse, alternative Ideen und Gegenhegemonien („counterhegemonies“) sein (Robinson 2006, S. 824).

*Zweitens* zeigen die globale Wirtschafts- und Finanzmarktkrise und deren Folgen erneut, wie eng die ökonomische mit der sozialen und demokratischen Sphäre verknüpft ist. Mit der Massenarbeitslosigkeit und Verarmung von großen Teilen der griechischen Bevölkerung infolge der weltweiten Wirtschaftskrise und der europäischen Krisenpolitik gegenüber Griechenland erstarkte die Neonazipartei „Goldene Morgenröte“ und erreichte 2012 bei den griechischen Parlamentswahlen 7 Prozent der Stimmen – noch 3 Jahre vorher war die Partei mit 0,3 Prozent bedeutungslos. Bei den Europawahlen 2014 wurde die „Goldene Morgenröte“ mit 10 Prozent der Stimmen drittstärkste Kraft in Griechenland, obwohl Teile der Parteiführung im Vorfeld der Wahlen in Untersuchungshaft saßen. Die regelmäßig in den „Mitte-Studien“ erhobene Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in Deutschland verweist auf die Bedeutung wirtschaftlichen Wohlstandes als „narzisstische Plombe“, bei deren Aushöhlung antidemokratische Tendenzen erstarken. Die Folgen lassen sich selbst in kleinräumigen Zusammenhängen beobachten, wie im Vergleich der Landkreise und kreisfreien Städte in Thüringen und Hessen nachgewiesen wurde: In wirtschaftlich abdriftenden Regionen ist der Anteil rechtsextrem eingestellter Personen mit 21,5 Prozent mehr als doppelt so hoch als in prosperierenden Regionen

(Quent 2012, S. 56). Dennoch werden kritische Sozialforscher von Protagonisten der deutungsmächtigen normativen Extremismustheorie verdächtigt, „die wissenschaftliche Kritik [ ] unter der Hand zu einer politischen [mutieren zu lassen]" (Jesse 2013, S. 18). Dem Vorwurf ist im Sinne einer *public sociology* schon damit zu begegnen, dass die Auseinandersetzung mit Gesellschaft per se politisch ist, weil sie das Gemeinwesen betrifft. Wer, wie die Leipziger Forschergruppe, nach gesellschaftlichen Mechanismen der Entstehung des Rechtsextremismus sucht und dabei strukturelle Prägungen des Sozialen und deren (mögliche) Ursprünge in der herrschenden Wirtschaftsordnung nicht ausblendet, dem wird „ein antikapitalistischer Duktus [ ] auf der Suche nach politischer Instrumentalisierung" (ebd., S. 27) unterstellt. Dies dient der Legitimierung des Extremismuskonzeptes der Verfassungsschutzbehörden und der Delegitimierung von Kapitalismus- und Gesellschaftskritik. Kritische Rechtsextremismusforschung steht insofern auch unter Druck, weil sie sich gegenüber der zum Teil großzügig subventionierten, normativen Extremismusforschung behaupten muss. Dem stellt die *public sociology* die Allianz von Soziologen und Sozialwissenschaftlern mit kritischen gesellschaftlichen Gruppen und Akteuren entgegen.

*Drittens* ist europaweit zu beobachten, dass sich das rechtsextreme Lager ausdifferenziert. Die zunehmende Komplexität der politischen Sphäre, der Verlust der Integrationskraft demokratischer Volksparteien und die postideologischen Neu- und Wechselorientierungen der Wählerschaft bieten nationalistischer und autoritärer Politik neue Möglichkeiten. Deren politische Programmatik steht vermeintlich in Widerspruch zu klassischen Vorstellungen des Rechtsextremismus – etwa, wenn sich rechtspopulistische Personen vom Antisemitismus distanzieren (und stattdessen Muslimfeindlichkeit propagieren). Auf europäischer Ebene schmieden nationalistische Parteien verschiedener Staaten Bündnisse, die auf den ersten Blick paradox wirken. In Deutschland zeigt sich die neue Komplexität in den Schwierigkeiten, die Partei „Alternative für Deutschland" (AfD) in der politischen Landkarte zu verorten sowie einen adäquaten Umgang zu finden mit der rechten „PEGIDA"-Bewegung. Eine öffentliche Soziologie des Rechtsextremismus kann hier wichtige Beiträge leisten für eine kritische Bestandsaufnahme im gesellschaftlichen Diskurs.

*Viertens* ist zu beobachten, dass Protestbewegungen gegen Rechtsextremismus vor allem in Universitätsstädten (Leipzig, Berlin, Jena, Köln u. v. m.), aber auch durch überregionale und spektrenübergreifende Bündnisse (Wunsiedel, Halbe, Dresden u. a.) an Wirkungsmacht, gesellschaftlicher Akzeptanz und Sichtbarkeit gewinnen. Aktivitäten zivilen Ungehorsams gegen rechtsextreme Aufmärsche konnten in den letzten zehn Jahren zunehmend auch Befürwortende und Teilnehmende abseits der linken Antifa-Szene mobilisieren. Staatliche Repressionen gegen Anti-Rechts-Aktivisten werden – zumindest in einigen prominent gewordenen Fällen – auch von

deutungsmächtigen Akteuren und Massenmedien scharf kritisiert[3]. Dies wird flankiert von einem ambivalenten Handeln der Bundes- und Landesregierungen. Seit Beginn der 2000er Jahre ist insgesamt eine Hinwendung zur Stärkung der Zivilgesellschaft in der Auseinandersetzung zu beobachten (Kleffner 2009, S. 271), die jedoch nicht ohne Rückschläge (bspw. ‚Extremismusklausel') oder Widersprüche verläuft. Das 2014 ausgerufene Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit" will die Zivilgesellschaft stärken und adressiert erstmals ausschließlich Rechtsextremismus und Phänomene der Menschenfeindlichkeit – anstatt wie vorherige Programme einem extremismustheoretischen Leitbild zu folgen. Ein Umdenken bei Verfassungsschutzbehörden und Innenministerien ist dagegen nicht zu beobachten.

Diese Interpretation von Rechtsextremismusforschung als Form einer *public sociology* basiert auf Ausführungen des amerikanischen Soziologen und ehemaligen Vorsitzenden der International Sociological Association Michael Burawoy (2006). Die Aufgabe einer *public sociology* sei es, so Burawoy anknüpfend an Pierre Bourdieu, das Unsichtbare in der Gesellschaft sichtbar zu machen (ebd., S. 25). *Public sociology* wolle die Soziologie über die akademische Welt hinaus zugänglich machen und die Debatte über Probleme befördern, welche das Schicksal der Gesellschaft beeinflussen. Wenn, so Burawoy, der Staat der charakteristische Forschungsgegenstand der Politikwissenschaft sei und sie ihren Wert im Schutz der politischen Ordnung habe, und der charakteristische Forschungsgegenstand der Wirtschaftswissenschaft die Wirtschaft sei und ihr Wert die Ausweitung des Marktes sei, dann sei der charakteristische Forschungsgegenstand der Soziologie die Zivilgesellschaft. Ihr Wert liege in der Widerstandskraft und Autonomie des Sozialen. Daher, wie Burawoy am Verschwinden der Soziologie in totalitären Regimen aufzeigt, werde die Soziologie mit der Zivilgesellschaft geboren und sterbe mit ihr (Burawoy 2012, S. 37). Er adressiert unterschiedliche „publics", die mit der deutschen Übersetzung nur schwer beschrieben werden können; der Duden kennt „publics" nur im Singular als „Öffentlichkeit", „Allgemeinheit", „Bevölkerung" oder „Volk"[4]. Gerade die Vielfalt der Öffentlichkeiten („multiplicity of publics") sei jedoch wichtig und solle sich in vielfältig ausdifferenzierten *public sociologies* spiegeln.[5] Diese *publics* könnten Studierende sein ebenso wie die Leserschaft von Büchern, Zeitungskolumnen, Interviews sowie Lesekreise und Gesprächsrunden

3 Beispielhaft dafür sind Berichterstattungen über die Gerichtsprozesse gegen den Jenaer Stadtjugendpfarrer Lothar König in Dresden und Josef S. in Wien.

4 Vgl. http://www.duden.de/rechtschreibung/Oeffentlichkeit. Zugegriffen: 15. September 2014.

5 Daher nutze ich bevorzugt die englische Bezeichnung *public sociology*.

mit Bürgerschaftsgruppen, Kirchgemeinden, Nachbarschaftsgemeinschaften oder soziale Bewegungen: Die Möglichkeiten seien endlos (Burawoy et al. 2004, S. 104). Sie würden sich sowohl lokal finden als auch national und global. Sozialforschung, die auch an außeruniversitäre Öffentlichkeiten adressiert, ist keineswegs eine Soziologie zweiter Hand. Selbstverständlich gilt das Neutralitäts- und Sorgfaltsgebot in der empirischen Forschung als Maßstab.

Was sind, neben der methodischen Sauberkeit und der Adressierung an außerakademische Öffentlichkeiten, Merkmale öffentlicher Soziologie und worin unterscheidet sie sich von anderen Arbeitsfeldern des Faches? Mit Burawoys (2012, S. 24) differenzierter Vierfeldermatrix (vgl. Tab. 2.1) sind weitere Unterscheidungen auszumachen. Dem folgend zielen die *professionelle* und *kritische* Soziologie vor allem auf akademische Zielgruppen, a*nwendungsorientierte* und *öffentliche* Soziologie adressieren dagegen nicht akademische Öffentlichkeiten:

> „Die *öffentliche Soziologie* bezieht Öffentlichkeiten jenseits der Wissenschaft in den Dialog über politische und moralische Belange mit ein. Sie muss für diese Öffentlichkeiten von Relevanz sein, ohne nur einem Trend zu folgen, das heißt, sie muss für sie von Nutzen sein." (Ebd.)

**Tab. 2.1** Arbeitsteilung in der Soziologie nach Burawoy 2012, S. 24

| | **akademische Zielgruppe** | **nicht akademische Zielgruppe** |
|---|---|---|
| **instrumentelles Wissen** | *professionelle Soziologie* | *anwendungsorientierte Soziologie* |
| • Wissen | theoretisch/empirisch | konkret |
| • Legitimität | wissenschaftliche Normen | Effektivität |
| • Rechenschaftspflicht | Kollegen | Kunden/Auftraggeber |
| • Pathologie | Selbstbezogenheit | Servilität |
| • Politik | professionelles Eigeninteresse | auftragsbezogene Intervention |
| **reflexives Wissen** | *kritische Soziologie* | *öffentliche Soziologie* |
| • Wissen | grundlegend | kommunikativ |
| • Legitimität | moralischer Standpunkt | Relevanz |
| • Rechenschaftspflicht | kritische Intellektuelle | bestimmte Öffentlichkeiten |
| • Pathologie | Dogmatismus | Trendhaftigkeit |
| • Politik | interne Debatten | öffentlicher Dialog |

Die Verortung in einem der Arbeitsfelder impliziert keineswegs die Geringschätzung eines anderen. Im Gegenteil: Die Entwicklung von Soziologie ist ohne die Einflüsse aus allen Arbeitsfelder undenkbar. Alle Formen benötigen die Begriffe, Theorien und Methoden der professionellen Soziologie. Die Praxis von Soziologen, die an

nicht akademische Zielgruppen adressieren, unterscheidet sich u. a. von der Art der Beziehung der Forscher zum Auftraggeber, wobei bei der Anwendungsforschung „der Soziologie [ ] seine Unabhängigkeit an den Auftraggeber [abtritt]" (ebd., S. 26); eine „hieb- und stichfeste Abgrenzung zwischen öffentlicher und anwendungsorientierter Soziologie" (ebd.) gibt es jedoch schon daher nicht, weil ein Feld leicht in das andere hineindringen kann, zum Beispiel indem ein für politische Gremien erstelltes Gutachten zu einem öffentlich diskutierten Gegenstand wird.

Mit der Vierfeldermatrix (vgl. Tab. 2.1) können Charakter und Funktion des Verständnisses, welches den Untersuchungen zum *Rechtsextremismus in lokalen Kontexten* zugrunde liegt, präzise im Forschungsfeld verortet werden: Es geht darum, mit der prodemokratischen Zivilgesellschaft *kommunikatives Wissen* zu erheben und hermeneutisch zu deuten. Dieses Wissen ist für das Zusammenleben und die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus vor Ort relevant. *Rechenschaftspflicht* besteht zuvorderst gegenüber den lokalen Öffentlichkeiten in den untersuchten Städten. Die *Pathologie* der Trendhaftigkeit ist für das Forschungsfeld des Rechtsextremismus vor allem aufgrund der geringen Institutionalisierung ein grundsätzliches Problem. Ausdrücklich sind die empirischen Fallstudien dieser Untersuchung Momentaufnahmen. *Öffentlichkeit* herzustellen durch Debatten, Interventionen und Diskussionen ist integraler Teil des Forschungsansatzes.

Ohne expliziten Bezug auf das Forschungskonzept der *public sociology* lassen sich bei verschiedenen Projekten und Publikationen kritischer Rechtsextremismusforschung in der Bundesrepublik Gemeinsamkeiten und Anknüpfungspunkte zur *public sociology* finden – etwa bei Wilhelm Heitmeyers „Deutschen Zuständen" (zuletzt: Heitmeyer 2012a), den bereits erwähnten Mitte-Studien von Decker, Brähler und Kiess (zuletzt: Decker et al. 2014) oder dem Ansatz des „Community Coaching" von Borstel (2005 & 2012).

Städte und Gemeinden sind aus verschiedenen Gründen vielversprechende Forschungsfelder einer öffentlichen Rechtsextremismusforschung: *Erstens* können Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und der Verweigerung von Gleichwertigkeit gegenüber Menschengruppen alltagsnah sichtbar gemacht und problematisiert werden. *Zweitens* lassen sich Folgen struktureller und globaler gesellschaftlicher Prozesse vor Ort aufzeigen und erläutern. *Drittens* wird es durch Wissensbestände über kleinräumige Zusammenhänge möglich, Radikalisierungs- und Erstarkungsprozesse des Rechtsextremismus zu verstehen. *Viertens* kann die lokale Öffentlichkeit angesprochen werden; zudem können Debatten über Probleme vor Ort angeregt und somit neue Partnerschaften geknüpft werden. Vor allem aber soll es gelingen, vermeintliche Sicherheiten und Gewissheiten zu irritieren und darum in die Debatte „störend ein[zu]sickern" (Heitmeyer 2012c)

mit empirisch gewonnenen Befunden zum Rechtsextremismus und den Faktoren, die sein Erstarken begünstigen.

Demokratische Bewegungen der Zivilgesellschaft sind die Partner, Experten und Adressaten einer öffentlichen Soziologie des Rechtsextremismus. Eine solche Forschungsstrategie intendiert neben dem wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn die Stärkung von demokratischer Zivilgesellschaft und will die Qualität der Analysen und der Reflexion ihrer Akteure verbessern. Zivilgesellschaftliche Initiativen, antifaschistische Gruppen, Beratungseinrichtungen, Betroffene von Rechtsextremismus und weitere Akteure bieten sich als Partner öffentlicher Rechtsextremismusforschung an. Sie profitieren von empirisch fundierten Forschungen und tragen zugleich mit ihrer Expertise zu diesen bei. Forschenden fehlen häufig die Gegenstandsnähe sowie das lokale Wissen, über welches die praktisch agierenden Akteure verfügen. Diesen wiederum fehlen in der Regel die Distanz und Methoden, um ihr konkretes Wissen einzuordnen und in transformatives Wissen zu überführen. Der privilegierte Zugang von Forschenden zu Funktionären, Beamtenschaft und Offiziellen ermöglicht ihnen, als Bindeglied und Vermittelnde zwischen Regierungen und Bewegungen zu fungieren und dabei eine wichtige Rolle im Prozess der Koalitionsbildung zu spielen, der für alle sozialen Bewegungen zentrale Bedeutung besitzt (Smith 2006, Pos. 1419).

Im Folgenden wird das darauf abzielende Forschungsprojekt zum Rechtsextremismus in lokalen Kontexten skizziert und es werden die vier in diesem Zusammenhang entstandenen Fallstudien beschrieben. Im Anschluss an die jeweiligen Lokalanalysen kommentieren Akteure unterschiedlicher Bereiche, die sich in der jeweiligen lokalen Gemeinschaft mit dem Rechtsextremismus auseinandersetzen, den wissenschaftlichen Blick auf *ihre* Stadt. Abschließend wird das damit verbundene Konzept der *public sociology* wieder aufgenommen, um am Beispiel dieses Pilotprojektes Schlussfolgerungen, Grenzen und Perspektiven des Ansatzes aufzuzeigen.

http://www.springer.com/978-3-658-07369-5

Rechtsextremismus in lokalen Kontexten
Vier vergleichende Fallstudien
Quent, M.; Schulz, P.
2015, VIII, 303 S. 49 Abb., Softcover
ISBN: 978-3-658-07369-5